

2738/AB
vom 14.11.2025 zu 3196/J (XXVIII. GP)
Bundesministerium bmwkms.gv.at
Wohnen, Kunst, Kultur,
Medien und Sport

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Walter Rosenkranz
 Parlament
 1017 Wien

Andreas Babler, MSc
 Vizekanzler
 Bundesminister für Wohnen, Kunst, Kultur,
 Medien und Sport

Geschäftszahl: 2025-0.740.947

Wien, am 13. November 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ricarda Berger und weitere Abgeordnete haben am 15. September 2025 unter der **Nr. 3196/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Ö3-Jugendstudie - Arbeitsmarktsorgen, Wohnraummangel und Perspektiven für junge Familien“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Wie bewertet das Ministerium die Ergebnisse der Ö3-Jugendstudie hinsichtlich wachsender Zukunftsängste junger Menschen in Bezug auf Wohnen?*
- *Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Wohneigentum und leistbare Mietwohnungen für junge Familien zu ermöglichen?*

Zunächst erscheint bemerkenswert, dass in der Altersgruppe von 16 bis 24 Jahren 89% der Befragten und in der Altersgruppe von 25 bis 34 Jahren 86% der Befragten mit ihrer Wohnsituation sehr oder ziemlich zufrieden sind. Ein ähnlich großer Anteil der Befragten gibt an, beim Blick in die Zukunft für ihr eigenes Leben optimistisch bzw. gut unterwegs zu sein. Nur rund zwei Prozent sind mit ihrer aktuellen Wohnsituation gar nicht zufrieden. Das zeigt, dass die bisherige österreichische Wohnpolitik vieles richtig gemacht hat und auch für künftige Generationen ein hohes Maß an sozialer Sicherheit bietet.

Zugleich muss man zur Kenntnis nehmen, dass die Mehrheit der jungen Menschen sich darum sorgt, ob Wohnen auch in Zukunft noch leistbar bleibt. Ich nehme diese Sorge sehr ernst. Deshalb war mir im Rahmen der Regierungsbildung die Schaffung eines eigenen Wohnressorts ein besonderes Anliegen. Dazu gehört zunächst die Koordinierung von schnell wirksamen Maßnahmen wie dem Mietpreisstopp, der Mietpreisbremse und der Verlängerung der Mindestdauer von befristeten Mietverträgen auf fünf Jahre. Daneben stehen vor allem langfristige Zielsetzungen wie die Entwicklung einer nationalen Wohnstrategie, die Verbesserung der Verfügbarkeit bundesweiter Daten als politische Entscheidungsgrundlage sowie die tatkräftige Mitgestaltung der noch im Entstehen begriffenen *social and affordable housing policy* der Europäischen Union im Vordergrund. Für die weiteren konkreten Maßnahmen, die zur Verfolgung dieser Zielsetzungen ergriffen werden sollen, darf ich auf das aktuelle Regierungsprogramm „Jetzt das Richtigste tun. Für Österreich. Regierungsprogramm 2025-2029“ verweisen.

Zu den Fragen 3 bis 5:

- *Wie viele Prozent der Unter-30-Jährigen, die einen eigenen Haushalt haben, haben im Jahr 2024 einen Antrag auf Wohnbeihilfe gestellt?*
 - a. *Wie viele Anträge wurden bewilligt?*
- *Wie viele Anträge auf Wohnbeihilfe wurden österreichweit in den Jahren 2020 bis 2024 bewilligt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren)*
- *Welche Kooperationen bestehen mit den Ländern zur Förderung familienfreundlicher Wohnmodelle?*

Die Regelung der Wohnbeihilfe und der Wohnbauförderung sowie deren Vollzug war und ist Sache der Länder. Daher liegen meinem Ressort dazu derzeit keine konsolidierten und qualitätsgesicherten Daten in einem einheitlichen Format vor.

Andreas Babler, MSc

